

B

BERICHT AUS DEM LANDTAG

Ausgabe August 2016

**CDU SPRICHT SICH GEGEN
ISLAMVERTRAG AUS:**

GESPRÄCHE GESTOPPT

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der bevorstehenden Kommunalwahl werden wichtige Entscheidungen getroffen. Die niedersächsischen Wählerinnen und Wähler bestimmen Tausende ehrenamtliche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die die Geschicke der Städte, Gemeinden, Landkreise und der Region lenken. Für die CDU zählen die Frauen und Männer in den Räten, den Kreistagen und in der Regionsversammlung zu den wichtigsten Pfeilern der Partei.

Die Willensbildung in der Union funktioniert von unten nach oben. Deswegen kandidieren auch viele Mitglieder des Landtages für die kommunalen Vertretungen. Ihre Erfahrungen in den Fraktionen und Gremien vor Ort fließen in die Entscheidungen auf Landesebene ein. Dadurch bleibt die Politik der CDU auf Landesebene kommunalfreundlich, praxisnah und frei von Ideologie.

Ein Erfolg bei der nächsten Landtagswahl wird über die Städte, Gemeinden und Landkreise erzielt. Ein gutes Ergebnis der CDU bei der Kommunalwahl ist der Grundstein für einen Regierungswechsel in Niedersachsen.

Wir sind die Kommunalpartei. Deshalb wollen wir in Niedersachsen am 11. September die stärkste politische Kraft bleiben!

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

THEMA DES MONATS

„Sommerempfang 2016“



Der Sommerempfang der CDU-Landtagsfraktion gibt traditionell den Startschuss für den Beginn der politischen Arbeit nach der Sommerpause. Auch in diesem Jahr kamen rund 700 Multiplikatoren aus allen Gesellschaftsbereichen im H'ugo's zusammen, um sich mit den Abgeordneten in entspannter Atmosphäre auszutauschen. Günther Oettinger war in diesem Jahr Ehrengast der CDU-Fraktion. Der EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft hob in seiner Ansprache die Bedeutung des Breitbandausbaus hervor: Angesichts der zunehmenden Digitalisierung aller Lebens- und Arbeitsbereiche sei der Ausbau schneller Datennetze eine wichtige Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Schließlich seien für die Bevölkerung Schlaglöcher oft leichter zu akzeptieren als Funklöcher. Auch Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen, Maria Flachsbarth, parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, sowie Enak Ferlemann, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, waren nach Hannover gekommen, um mit der Fraktion zu feiern. Aus Brüssel reiste der Landesvorsitzende der CDU in Niedersachsen und EU-Parlamentarier, David McAllister, an.



AKTUELL

GESPRÄCHE GESTOPPT

Mangelnde Staatsferne von DITIB – CDU-Landtagsfraktion steigt aus Verhandlungen zu Islamverträgen aus

Der Beschluss fiel in der ersten Sitzung nach der Sommerpause einstimmig: Die CDU-Landtagsfraktion wird sich in dieser Legislaturperiode nicht an weiteren Gesprächen zu Verträgen mit den muslimischen Verbänden DITIB und Schura beteiligen. Hintergrund sind Entwicklungen in der Türkei in den letzten Tagen und Wochen. „DITIB Niedersachsen und Bremen vertritt nicht nur hier lebende Muslime mit türkischen Wurzeln – der Verband wird zudem in starkem Maße von der türkischen Regierung beeinflusst und gesteuert“, erklärt Fraktionschef Björn Thümler. „Die erwiesene Staatsferne der beteiligten Verbände ist für uns unabdingbar für ein Zustandekommen der Verträge. Diese Unabhängigkeit kann DITIB derzeit nicht nachvollziehbar belegen.“ So würden beispielsweise DITIB-Imame als türkische Beamte aus der Türkei in hiesige Moscheen entsandt und Predigten zentral vorgegeben.

Vertragsabschluss in laufender Legislaturperiode nicht absehbar

Schon seit Längerem hatte die Abhängigkeit DITIBs vom türkischen Staat die Gespräche zu den Verträgen belastet. Die letzten Wochen haben aus Sicht Thümlers einmal mehr deutlich gemacht, wie eng die Verknüpfung tatsächlich ist: „Angesichts der aktuellen Situation in der Türkei, die viele Fragen aufwirft und sich auch auf das gesellschaftliche Klima bei uns in Niedersachsen auswirkt, sehen wir DITIB derzeit nicht als geeigneten Vertragspartner an. In der laufenden Legislaturperiode ist es für uns deshalb nicht absehbar, dass es zu einem Vertragsabschluss kommt.“ Nach dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei Ende Juli hatte es immer wieder Berichte über Auseinandersetzungen zwischen Anhängern des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan und anderen gesellschaftlichen und religiösen Gruppen auch in Deutschland gegeben.

Auf den Vorwurf der SPD-Fraktion, die CDU setze offenbar auf Spaltung, reagiert Thümler gelassen. „Ich kann dazu nur sagen: Wenn der Ministerpräsident wirklich wollte, könnte er die Verträge sofort unterzeichnen – die Zustimmung des Parlaments benötigt er dafür nicht. Die Entscheidung über ein Zustandekommen der Verträge liegt allein in Weils Verantwortung. Wir sehen aktuell keine Grundlage dafür.“ In einem Positionspapier hatte die CDU bereits Ende Mai auf die mangelnde Staatsferne DITIBs hingewiesen und die beteiligten Verbände aufgefordert, nachvollziehbar sicherzustellen, dass ihr Handeln in Niedersachsen nicht von ausländischen Regierungen beeinflusst wird. Thümler: „Das ist bislang nicht geschehen.“

Gespräche mit der Alevitischen Gemeinde Deutschland fortsetzen

Eine enge Partnerschaft mit den Vertretern der Muslime in Niedersachsen sei und bleibe ein wichtiges Anliegen der CDU-Fraktion, wie der Fraktionschef betont. „Wir halten es grundsätzlich weiterhin für richtig, einen Vertrag zu schließen, der die Integration hier lebender



Björn Thümler, MdL – Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

Muslimen in den Mittelpunkt stellt – allerdings zu einem späteren Zeitpunkt.“ Ohnehin ist nur ein sehr kleiner Teil der in Niedersachsen lebenden Muslime überhaupt in Verbänden organisiert. In den Mitgliederverzeichnissen von DITIB und Schura stehen aktuellen Gutachten zufolge 12.900 für Niedersachsen eingetragene Mitglieder. Schätzungen zufolge leben aber deutlich mehr als 250.000 Muslime in Niedersachsen. Im Hinblick auf die Alevitische Gemeinde Deutschland spricht sich Thümler für eine Fortsetzung der Vertragsverhandlungen aus. „Die Gespräche mit der Alevitischen Gemeinde als eigenständiger Religionsgemeinschaft werden schon lange getrennt von den Verhandlungen mit DITIB und Schura geführt. Es gibt weder gravierende strittige inhaltliche Fragen, noch werden die Verhandlungen durch aktuelle Entwicklungen überlagert. Es spricht nichts dagegen, hier bald zu einer Einigung zu kommen, die bereits seit längerer Zeit greifbar ist“, so Thümler.



Die CDU-Landtagsfraktion will sich in dieser Legislaturperiode nicht mehr an den Verhandlungen über einen Vertrag mit den muslimischen Verbänden beteiligen. Foto: picture alliance / dpa

AUS DEM PARLAMENT

AUS DER ZEIT GEFALLEN

Die Sicherheitslage in Niedersachsen hat sich verschärft. Rot-Grün will Befugnisse der Polizei dennoch massiv einschränken.



Für die Abwehr islamistischer Gefahren, wie hier bei einer Razzia in Hildesheim, braucht die Polizei solide rechtliche Befugnisse. Diese würde das rot-grüne Polizeigesetz massiv beeinträchtigen. Foto: picture alliance / dpa

Egal, ob das Messerattentat einer jugendlichen Islamistin auf einen Bundespolizisten in Hannover, der Terrorverdacht gegen ihren Bruder nach einer Molotow-Cocktail-Attacke oder die Verbindungen einer Hildesheimer Moschee zum sogenannten Islamischen Staat – all diese Fälle machen deutlich: Die Sicherheitslage in Niedersachsen ist extrem angespannt. Doch anstatt die Arbeit der Polizei zu unterstützen, tut die Landesregierung genau das Gegenteil: Mit einer Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung sollen wesentliche Rechte der Beamten im Einsatz- und Streifendienst eingeschränkt werden.

Rot-Grün erschwert Polizeiarbeit

„Offenbar unbeeindruckt von den aktuellen Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit, bringt der Innenminister Gesetzesänderungen auf den Weg, die vor drei Jahren im Koalitionsvertrag vereinbart wurden. Inzwischen ist das rot-grüne Verhandlungsergebnis vollkommen aus der Zeit gefallen“, sagt der polizeipolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Adasch.

So könnte eine scheinbar kleine Änderung des bestehenden Gesetzes gravierende Folgen für die Polizeiarbeit in Niedersachsen haben: Nach den Plänen von SPD und Grünen soll das



Thomas Adasch, MdL – polizeipolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

Gesetz künftig „Gesetz über die Abwehr von Gefahren“ heißen – der Begriff der öffentlichen Ordnung soll aus Titel und Gesetz verschwinden. „Mit der Streichung des Begriffs der öffentlichen Ordnung wird den Kommunen ein wichtiges Mittel genommen, das friedliche Miteinander der Bürger zu sichern“, sagt Adasch. Unter den Begriff der öffentlichen Ordnung fallen solche Regeln, die nicht explizit niedergeschrieben, für das gesellschaftliche Zusammenleben aber unerlässlich sind. Nach dem Willen von SPD und Grünen sollen diese ungeschriebenen Gesetze künftig nicht mehr von Polizei und Ordnungsbehörden durchgesetzt werden können. Angeblich würden sie durch andere Gesetze gesichert.

Einen noch drastischeren Einschnitt bedeutet das generelle Verbot von Moscheekontrollen. Dabei beschreibt selbst das Innenministerium eine Hildesheimer Moschee als „Hotspot“ der salafistischen Szene (**Mehr zu diesem Thema lesen Sie in unserem Klartext auf Seite 6**). Hier wurde Nachwuchs rekrutiert und junge Menschen radikalisiert. „Wenn den Sicherheitsbehörden die Möglichkeit genommen wird, in diesem Umfeld zu ermitteln, zeigt das deutlich, dass Rot-Grün die Gefahr durch den Islamismus nach wie vor nicht ernst genug nimmt“, betont Adasch.

Bürger wünschen sich mehr Befugnisse für Polizei

Im Gegensatz zu Rot-Grün setzen Niedersachsens Bürger weiterhin großes Vertrauen in die Arbeit der Polizei. Das zeigt eine aktuelle Umfrage: Dreiviertel der Befragten lehnen eine Einschränkung der Befugnisse der Polizei ab. Über die Hälfte wünscht sich sogar, dass die Polizei mehr Rechte erhält. „Seitdem SPD und Grüne die geplanten Änderungen des Polizeigesetzes in ihrem Koalitionsvertrag vor mehr als drei Jahren beschlossen haben, ist die Welt gefährlicher geworden“, betont Adasch. „Die Bürger sind sich dessen längst bewusst. Rot-Grün wäre deshalb gut beraten, die Finger von dem Gesetz zu lassen, damit die Polizei ihrem Schutzauftrag bestmöglich nachkommen kann.“

KLARTEXT:**ROT-GRÜN IST EIN SICHERHEITSRISIKO FÜR NIEDERSACHSEN**

von Jens Nacke

Die rot-grüne Landesregierung will keine Beobachtung verdächtiger Moscheen durch die Polizei. So ist es im Koalitionsvertrag der beiden Parteien für Niedersachsen festgelegt. Drei Jahre geht das nun schon so. Drei Jahre, in denen sich der Deutschsprachige Islamkreis (DIK) in Hildesheim zu einem Rekrutierungs- und Finanzierungszentrum für den Islamischen Staat (IS) entwickelt hat. Eine Art Freifahrtschein für radikale Islamisten mit dramatischen Folgen für die Innere Sicherheit in Niedersachsen. Inzwischen musste das Innenministerium eingestehen, dass es sich bei der DIK-Moschee um einen „Hot-Spot“ der islamistischen Szene in Deutschland handelt. Allein aus Hildesheim sind nach Angaben des Landeskriminalamtes bisher 22 Personen nach Syrien und in den Irak gereist, um sich dem IS anzuschließen.

Auch die Mitglieder der Hannoverschen Terrorzelle um die Attentäterin Safia S., die am Hauptbahnhof von Hannover einen Polizisten lebensgefährlich verletzt hat, und ihren Bruder Saleh S. waren regelmäßige Gäste einer salafistisch dominierten Moschee in Hannover. Sie ist ein weiterer Treffpunkt niedersächsischer Islamisten. Auch dieser Fall macht deutlich: Es war ein fataler Fehler der rot-grünen Landesregierung, der Polizei Kontrollen im Umfeld von Moscheen zu verbieten, nur weil diese nicht in das Weltbild des grünen Koalitionspartners passen. Durch die falsche Behauptung, muslimische Bürger würden durch Ermittlungen in salafistischen Moscheen unter Generalverdacht gestellt, wurde die Sicherheit der Menschen in Niedersachsen gefährdet.

Die Arbeit des Innenministers muss sich jetzt grundlegend ändern. Wir können nicht hinnehmen, wenn sich Menschen in unserer Gesellschaft radikalieren und sich terroristischen Organisationen anschließen. Die Razzia in Hildesheim darf kein einmaliges Ereignis zur Beruhigung der Öffentlichkeit bleiben. Die Sicherheitsbehörden müssen jetzt auch gegen die anderen niedersächsischen Zentren islamistischer Radikalisierung in



Jens Nacke, MdB – Parlamentarischer Geschäftsführer und Obmann der CDU-Landtagsfraktion im 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zu Sicherheitslücken in der Bekämpfung des Islamismus in Niedersachsen.

Wolfsburg, Braunschweig oder Hannover vorgehen.

Die Wahrscheinlichkeit hierfür ist leider gering. Der Innenminister hatte nach der Razzia in Hildesheim nichts Besseres zu tun, als eine Tageszeitung zu attackieren, die vor der Durchsicherung über Maßnahmen gegen Islamisten berichtet hatte. Die Presse hatte offensichtlich im Vorfeld von der geplanten Durchsicherung erfahren. Kein Wunder: Der Antrag auf Durchsicherung der Moschee wurde dem Verwaltungsgericht bereits am 25. Juli übergeben. Die Razzia sollte aber erst Mitte August durchgeführt werden. Es steht der Verdacht im Raum, dass sich der Innenminister mit dieser Aktion im Vorfeld der Kommunalwahl profilieren wollte. Pistorius wird sich fragen müssen, inwieweit die Durchstechereien den Erfolg der Aktion gefährdet haben.

Leider hat Rot-Grün aus der missglückten Aktion nichts gelernt. Die Tatsache, dass SPD und Grüne in der Novelle des Polizeigesetzes weiter an einem generellen Verbot von Moschee-Kontrollen festhalten, zeigt das deutlich. Minister Pistorius ist die brüchige Koalition mit den Grünen nach wie vor wichtiger als die Innere Sicherheit in Niedersachsen. Rot-Grün ist ein Sicherheitsrisiko für unser Land.

AUS DEM PARLAMENT

242.000 STUNDEN ZU WENIG

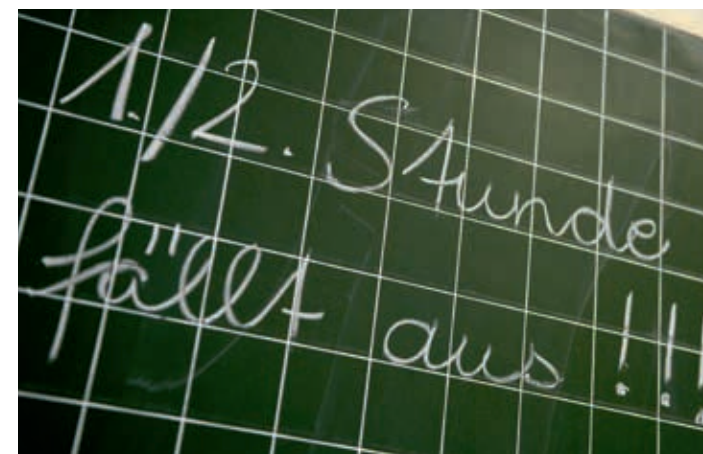
Unterrichtsversorgung in Niedersachsen dramatisch gesunken – CDU fordert von Landesregierung langfristig angelegtes Lösungskonzept

In Niedersachsen herrscht akuter Lehrermangel – sowohl an den allgemein- als auch an den berufsbildenden Schulen. Die Folge: Unterrichtsausfall. Allein an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen sind im Schuljahr 2015/16 – rein rechnerisch – rund 242.000 Stunden nicht erteilt worden. Die Unterrichtsversorgung lag damit im Landesdurchschnitt gerade einmal bei 99,5 Prozent. An den berufsbildenden Schulen lag der Durchschnitt sogar unter 89 Prozent. So schlechte Werte hat es in Niedersachsen seit mehr als 15 Jahren nicht gegeben – zuletzt unter den SPD-Ministerpräsidenten Schröder und Gabriel.

Der Grund für die vielen ausgefallenen Stunden ist simpel: In Niedersachsen fehlen Lehrer. Der Stunden-Bedarf lag im vergangenen Schuljahr deutlich über dem, was mit der Personalausstattung zu leisten war. An Niedersachsens Schulen konnten aufgrund des Lehrermangels jede Woche mehr als 7.000 Unterrichtsstunden nicht erteilt werden. Das entspricht etwa 274 fehlende Vollzeitlehrerstellen. „Die Zahlen belegen, dass Ministerin Heiligenstadt mit ihrer sogenannten Zukunftsoffensive Bildung gescheitert ist“, sagt der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried.

Situation an Niedersachsens Schulen wird sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen

Auch die Prognosen für das kürzlich gestartete Schuljahr 2016/17 sehen düster aus. Bis Sommer 2017 rechnet das Kultusministerium mit einem weiteren Absinken der Unterrichtsversorgung auf nur noch 98 Prozent. Darin sind allerdings die 700 Lehrerstellen mit eingerechnet, die aktuell noch gar nicht besetzt werden konnten. Viele Stellen dürften nach Einschätzung der CDU-Fraktion jedoch unbesetzt bleiben. Seefried: „Der tatsächliche Durchschnittswert wird daher am Ende bei nur rund 97 Prozent liegen.“ Die Folge: Nach Berechnungen der CDU-Landtagsfraktion werden im Schuljahr 2016/17 an den allgemeinbildenden Schulen mehr als eine Million Unterrichtsstunden fehlen – es sind schlicht nicht genügend Lehrer da, die diese Stunden leisten könnten.



Ausgefallene Unterrichtsstunden sind in vielen niedersächsischen Schulen längst an der Tagesordnung. Foto: picture alliance / dpa

Langfristig droht in Niedersachsen in vielen Schulen der Ausfall von Pflichtunterricht, wenn Rot-Grün nicht endlich etwas unternimmt. Denn mit der Wiedereinführung des G9 an den Gymnasien im Schuljahr 2020/21 müssen schlagartig 1.300 Lehrerstellen besetzt werden, um den zusätzlich entstehenden Stundenbedarf zu decken. Darüber hinaus werden auch die Schülerzahlen voraussichtlich stärker ansteigen als erwartet. Nicht zuletzt aufgrund des Flüchtlingszustroms könnten bis 2025 33.000 mehr Schüler als bislang kalkuliert Niedersachsens Schulen besuchen.



Kai Seefried, MdB – schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

Maßnahmen zur dauerhaften Verbesserung der Unterrichtsversorgung gefordert

In ihrem Entschließungsantrag zu diesem Thema fordert die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung jetzt auf, ein Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung bis 2025 vorzulegen. „Wir wollen eine langfristige Lösung“, betont Seefried. „Die Maßnahmen müssen zu einer dauerhaften Verbesserung der Unterrichtsversorgung führen und dürfen das Problem nicht bloß auf spätere Schuljahre verschieben.“

Dazu gehöre auch die von der CDU bereits seit Jahren angemahnte unabhängige Erhebung der Lehrerarbeitszeit. Eine Forderung, die auch durch das 2015 ergangene Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg zur Mehrarbeit von Gymnasiallehrern unterstützt wird. Die Online-Befragung, die das Kultusministerium im Juni dieses Jahres durchgeführt hat, bezeichnet Seefried als peinliches Ablenkungsmanöver. Gerade einmal 10.300 der insgesamt rund 90.000 niedersächsischen Lehrkräfte hatten sich daran beteiligt. Auch das von Kultusministerin Heiligenstadt zum Start ins neue Schuljahr vorgelegte 17-Punkte-Papier ist in den Augen des CDU-Schulexperten alles andere als überzeugend. „Bei dem Papier handelt es sich um einen Katalog von Notmaßnahmen, aus dem die ganze Verzweiflung der Ministerin spricht. Der Effekt dürfte sehr begrenzt sein – viele der aufgezählten Maßnahmen werden eher weitere Probleme schaffen.“

AUS DER FRAKTION MIT GUTEM BEISPIEL VORANGEHEN

Zwei neue Auszubildende starten bei der CDU-Fraktion ins Berufsleben



Gehören für die nächsten drei Jahre zum Team der CDU-Fraktion: Valentina Hunke (l.) und Rima Meste (r.).

Am 1. August haben auch in diesem Jahr Tausende Auszubildende in Niedersachsen den ersten Schritt ins Berufsleben gemacht – zwei davon bei der CDU-Landtagsfraktion in Hannover. In den nächsten drei Jahren werden Valentina Hunke und Rima Meste zur Kauffrau für Büromanagement ausgebildet. „Die Stellenanzeige habe ich im Internet gefunden“, erzählt Valentina. „Ich war positiv überrascht, dass wir von Anfang an überall eingebunden sind und so viel mitbekommen.“ Neben der Arbeit in der Fraktion steht in der Berufsschule zweimal pro Woche Theorie auf dem Stundenplan. Die persönlichen Vorlieben sind dabei schon jetzt ganz klar verteilt: „Ich bin auf jeden Fall lieber im Büro als in der Schule“, sagt Rima. „Hier ist es viel spannender.“

Die 18-Jährige aus Gifhorn hat eine ganz besondere Geschichte: 2001 kam sie mit ihrer Familie aus Syrien nach Niedersachsen. Ihre Mutter hat einen syrischen Pass, ihr Vater und sie selbst sind staatenlos, leben mit einer unbefristeten Niederlassungserlaubnis in Deutschland. Eine nicht immer ganz einfache Situation – auch nicht für die Fraktion als Arbeitgeber. „Wenn ein Mitarbeiter keinen deutschen Pass hat, stellen sich auf einmal Fragen, mit denen man sich vorher nie beschäftigen musste“, sagt CDU-Fraktionsgeschäftsführer Ulrich Dütemeyer. Trotzdem war für die Fraktion schnell klar, dass Rima eine Chance bekommen sollte. Dütemeyer: „Mit Blick auf die Flüchtlingsthematik wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, dass sich der eventuelle zusätzliche Aufwand lohnt.“

CDU als einzige Landtagsfraktion auch Ausbildungsbetrieb

Seit 2004 bildet die CDU-Fraktion im Zwei- beziehungsweise Dreijahresrhythmus aus. Den Grundsatz für die Entscheidung der Fraktion, auch als Ausbildungsbetrieb zu agieren, formuliert der Fraktionsvorsitzende Björn Thümler wie folgt: „Gerade weil die Politik an die Wirtschaft appelliert, jungen Menschen einen Ausbildungsplatz und damit eine Chance zu geben, gehört es zu unserer eigenen Glaubwürdigkeit, selbst mit gutem Beispiel voranzugehen.“

Insgesamt fünf Azubis haben ihre Ausbildung in der Fraktion bereits erfolgreich abgeschlossen. Zwei von ihnen sind bis heute als Mitarbeiterinnen für die Fraktion tätig, zwei haben inzwischen erfolgreich ein duales Studium absolviert – die fünfte im Bunde wird im Herbst ein Lehramtsstudium beginnen. „Feste Zusagen hinsichtlich der Übernahmekancen können wir bei der Einstellung nicht geben – dazu passiert im politischen Betrieb in drei Jahren einfach zu viel“, erklärt Dütemeyer. „Grundsätzlich versuchen wir immer im Sinne der Auszubildenden die beste Anschlussregelung zu finden.“

Unter den Landtagsfraktionen ist die CDU die einzige, die auch Ausbildungsbetrieb ist. Zwar hatte die SPD im Rahmen des Septemberplenums 2012 angekündigt, ab Januar 2013 ebenfalls ausbilden zu wollen – in die Tat umgesetzt hat sie dieses Vorhaben allerdings bis heute nicht.

TERMINE

4. September
Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

11. September
Kommunalwahlen in Niedersachsen

14. – 16. September
Plenum des Niedersächsischen Landtags

IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:

Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:

Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Philip Ossenkopp
Telefon (05 11) 3030-4119

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook

<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>